

Michael Mannheimer

Der Islam als Sieger des westlichen Werte-Relativismus

Eine Kritik der reinen Toleranz

Der von Samuel P. Huntington prognostizierte *clash of civilizations*, der Zusammenprall der Kulturen, ist in Europa längst Tatsache und erfährt in der Konfrontation des Islam mit den Überresten des europäischen Christentums seinen deutlichsten Ausdruck. Dieser Zusammenprall findet seinen Niederschlag nicht nur in Form terroristischer Gewaltakte, sondern ebenso im erbitterten ideellen Kampf zweier Wertesysteme, wie sie unterschiedlicher kaum sein können: dem archaisch-totalitären Wertesystem des Islam und dem der postmodernen europäischen Aufklärung.

Der Islam hat in dieser Auseinandersetzung dank einer dominierenden Werte-Beliebigkeit und blinden Toleranz der politischen Eliten Europas bereits deutliche Teilerfolge erzielt, die zu einem rechtlichen und ethisch-religiösen Zersetzungsprozess Europas geführt haben, an dessen Ende der Islam als Sieger hervorgehen dürfte, wenn sich Europa seiner abendländisch-christlichen Wurzeln nicht doch noch besinnen sollte.

Der Werte-Universalismus der Allgemeinen Menschenrechte

Lange Zeit schien es so, dass die Diskussion über die Richtlinien richtigen und falschen Handelns im größten Teil der Welt im Prinzip beantwortet und damit erledigt sei. Beginnend mit der *Magna Charta* von 1215, der *Bill of Rights* 1689, den *amerikanischen und französischen Verfassungen* von 1788 bzw. 1791 mündete die Kodifizierung der neuzeitlichen Wertvorstellungen von richtig und falsch schließlich in der *Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte* der Vereinten Nationen sowie der *KSZE-Schlussakte*. Die in jenen Kodizes genannten Wertvorstellungen erhoben den Anspruch universaler und unbegrenzter Gültigkeit für alle Menschen, unabhängig, von Zeit, Ort und angehöriger Kultur.

Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, unabhängig von Glauben, ethnischer Abstammung, von Alter, Hautfarbe und Geschlecht, eine verfassungsrechtlich garantierte Versammlungs-, Rede- und Gedankenfreiheit sowie die Unantastbarkeit der Würde des einzelnen Menschen bildeten die Eckpfeiler eines universalen und unteilbaren Wertekanons, der am 26. Juni 1945 in der Charta der Vereinten Nationen mit einem Abstimmungsergebnis von 48:0 für die Erklärung beschlossen wurde. Acht Staaten enthielten sich jedoch damals der Stimme. Es waren die Staaten des Ostblocks, die Sowjetunion, Saudi-Arabien und Südafrika. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Ihren wichtigsten gedanklichen Unterbau fanden die universalen Normen der Menschenrechte in den Überlegungen des deutschen Philosophen Immanuel Kant zum Thema, ob es eine ethische Grundlage gibt, die für alle Menschen und zu aller Zeit Gültigkeit haben kann und wenn ja, wie diese zu formulieren ist. Als „kategorischer Imperativ“ ist Kants berühmte Formulierung eines solchen Gesetzes schließlich in die Rechts- und Moralgeschichte der Menschheit eingegangen. Die Kant'sche Moralformel

„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

bildet im Prinzip bis heute das Fundament eines Handlungs- und Normengesetzes der UN. Kants kategorischer Imperativ ist eine sprachlich elaborierte Form der Redewendung:

„Was du nicht willst das man dir tut das füge auch keinem anderen zu.“

Nach diesem Prinzip kann etwa ein Dieb nicht wollen, dass Diebstahl ein allgemeines Recht werde – und auch ein Mörder nicht, dass Mord generell erlaubt sei. Denn ein Dieb will genauso wenig selbst bestohlen werden wie ein Mörder ermordet werden will.

Nun wenden Kritiker der Menschenrechtserklärung ein, dass sich diese in ihrem Universalitätsanspruch von dem staatlicher und religiöser Totalitarismen prinzipiell nicht unterscheiden würde und daher ebenfalls ein relatives, weil willkürlich definiertes Werte-System sei. Doch sie übersehen ein kleines Detail, das die Allgemeine Menschenrechtserklärung von den totalitären Wertesystemen grundlegend unterscheidet. Es ist das im Kategorischen Imperativ Kants enthaltene Prinzip der Reziprozität, welches einen Abgleich der jeweiligen Handlungsnorm mit allen davon Betroffenen erfordert. Dieses Prinzip verhindert somit, dass die Normen einer einzelnen Person oder einer radikalen Minorität zum Prinzip einer Gesetzgebung werden können, wenn sie nicht zugleich von der Allgemeinheit akzeptiert und so gewollt sind. Während totalitäre Systeme also fordern: „Denke und handle so wie ich – oder du bist mein Feind!“, fragt der Kategorische Imperativ: „Wie können ich und du unser Denken und Handeln auf eine gemeinsame Grundlage bringen, die weder dir noch mir Schaden zufügt und von uns beiden gleichermaßen gewollt ist.“

Totalitäre Systeme zwingen den Menschen also ihr jeweils totalitäres Wertesystem auf, ohne danach zu fragen, ob sie damit übereinstimmen. Im Gegensatz dazu konfrontieren die nach dem Kategorischen Imperativ gestalteten Wertesysteme bei der Definierung der Normen von rechtem und falschem Handeln jeden einzelnen Menschen mit der Frage, wie er selbst behandelt werden möchte (Prinzip der Reziprozität), bevor eine Handlungsnorm zu einem allgemeinen Rechts-Prinzip erklärt wird. Dies impliziert zweierlei: Zum einen, sich einem beliebigen Dritten gegenüber so zu verhalten, dass dieser keinen Schaden nimmt. Zum anderen, sich so zu verhalten, wie man selbst behandelt werden möchte. Wer also beispielsweise seine Religion einem anderen aufzwingen will, muss sich nach dieser Formel fragen, ob es ihm umgekehrt Recht wäre, dass der andere ihm dessen Religion aufzwingt. Vernünftigerweise kann dies nur mit nein beantwortet werden. Dies heißt aber auch, dass jede Religion oder Ideologie, die ihren Menschen vorschreibt, ihr jeweiliges Wertesystem anderen Menschen aufzuzwingen, im Kant'schen Sinne im Unrecht ist.

Die logische wie inhaltliche Schlüssigkeit des kategorischen Imperativs war Mitte des 20. Jahrhunderts von einem Großteil der damaligen Weltgemeinschaft als Grundlage eines universalen und unteilbaren Ethos prinzipiell akzeptiert.

Werte-Relativismus als politische und religiöse Reaktion

Doch genau gegen dieses Prinzip von Universalität und Unteilbarkeit von Werten, die ihre weltweite Geltung geschichtlich erstmals in der Formulierung der allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN fand, kämpfen innerhalb der westlichen Länder die Verfechter des sogenannten Werte-Relativismus.

Bei ihnen handelt es sich ausgerechnet um jene Klientel aus dem meist linken Lager, die eben jene unveräußerlichen Universalrechte dereinst auf ihre Fahnen geschrieben und in deren Namen keinen Krieg gegen die alten, feudalistischen und absolutistischen Systeme scheuten. Es sind die gleichen Kräfte, die sich 1949 bei der Abstimmung am Allgemeingültigkeitsanspruch der Charta der Vereinten Nationen stießen und sich der Stimme enthielten: allesamt Vertreter totalitärer Diktaturen, bestehend aus Staaten der Sowjetunion, dem fundamental-islamischen Saudi-Arabien und dem rassistischen Apartheidregime Südafrika.

Aus Sicht der Vertreter des Wertrelativismus könne es keine absoluten Werte geben, sondern nur solche, die in Relation zu einer bestimmten Lebensform einer Gesellschaft zu definieren seien. Keine Kultur sei berechtigt, einer anderen Kultur ihre Werte im Sinne einer Allgemeinverbindlichkeit aufzudrücken, hieß es. So vernünftig sich dieses Argument auf den ersten Blick anhören mag, so tückisch erweist es sich jedoch bei näherer Betrachtung. Am folgenden, mit Absicht konstruierten Beispiel mag diese Problematik ersichtlich werden. Angenommen, es gäbe im Verbund der weltweiten Kulturen eine, bei der regelmäßige Menschenopfer aus religiösen Gründen vorgeschrieben wären: in diesem Fall hätten die Verfechter des Werte-Relativismus sofort ein unlösbares Problem. Nach ihrem Prinzip der Werte-Relativität müssten sie auch diese Kultur gewähren lassen, womit sie sich jedoch dem Vorwurf der Unterstützung einer Barbarei aussetzen würden. Würden die Werte-Relativisten hingegen ein Verbot der Menschenopfer fordern, verstießen sie gegen fundamental gegen ihre Prinzipien und würden damit die Unhaltbarkeit ihrer Position einräumen.

Doch eine solche Diskussion findet im Lager der Werte-Relativisten aus einleuchtenden Gründen selten statt. Ihr eigentlicher Kampf ist weniger philosophischer als politischer Natur. Ihr Kampf gilt hauptsächlich dem westlichen System, das sie gleichsetzen mit Kapitalismus und Kolonialismus. Im Zuge der europäischen Studentenrevolte Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts prägten westliche Intellektuelle, meist dem linken und linksextremen Lager zugehörig, in diesem Zusammenhang das Schlagwort des Eurozentrismus. Darunter verstanden sie nichts anderes als einen neuen, diesmal kulturell-ethischen Werte-Kolonialismus des Westens, der sich nach dem Verlust seiner Kolonien - so der Vorwurf - anschickt, die Welt mit seinem alten, kapitalistisch und hegemonial besetzten Wertesystem neu zu kolonialisieren. Dahinter stehe wie immer das unersättliche westliche Kapital, das gezwungen sei, sich angesichts gesättigter Absatzmärkte in den kapitalistischen Ländern neue Märkte in der Dritten Welt zu erobern. Dafür müsse der Rest der Welt zuerst für die Idee eines globalen Marktes gewonnen werden, in der Zoll- und Handelsbarrieren zugunsten des westlichen, insbesondere des US-amerikanischen Kapitals international abgeschafft werden müssten. Die seitens des Westens, und damit des Kapitalismus geforderte Demokratisierung der Länder der Dritten Welt, die Implementierung allgemeiner menschenrechtlicher Standards in die jeweiligen Verfassungen jener Länder wurde von linken Kritikern in aller Regel nicht als westliche „Wohltat“, sondern als Mittel des Kapitalismus gesehen, auf besonders hinterlistige Art

die Regierungen und Märkte der Dritten Welt auf Dauer unter Kontrolle seine zu bringen.

In Zuge dieser Generalkritik wurde alles in Frage gestellt und relativiert, was vom Westen kam. Demokratie wie Menschenrechte stünden - wenn überhaupt - nur als gleichwertige Modelle neben anderen Gesellschaftsmodellen. Ob die anderen Modelle totalitäre, antidemokratische oder frauenfeindliche Elemente in sich bargen, interessierte kaum einen der Verfechter des Werte-Relativismus. Die Diskussionen fanden auf rein formaler Ebene statt. Inhalte wurden kaum hinterfragt. Es wurde beispielsweise nicht untersucht, ob etwa am Beispiel Islam Punkte wie Toleranz, Gleichheit aller Menschen, Gleichheit von Mann und Frau oder Religionsfreiheit überhaupt existierten. Derlei Fragestellungen wurden in Übereinstimmung werterelativistischen Denkens als nicht diskussionswürdig betrachtet, da allein die Diskussion solcher Punkte eine Einmischung in die Belange einer anderen Religion darstelle. Und genau eine derartige Einmischung ist nach werterelativistischem Selbstverständnis unerwünscht. Um es simpel zu formulieren: Die Werte-Relativisten luden zwar massenhaft Menschen ein, nach Europa zu kommen. Aber sie weigerten sich, deren religiöses und philosophisches Gepäck auf gefährliche Inhalte hin zu überprüfen. Denn sie hatten anderes mit ihnen im Sinn. Joschka Fischer (*»Ich entdecke mehr und mehr, wie sehr ich doch Marxist geblieben bin.« Fischer 1998*) verrät die politische Absicht, die hinter der Politik der massiven Einwanderung stand, in seinem Buch mit dem aufschlussreichen Titel „Risiko Deutschland“ (1994), dessen Inhalt von der „WELT“ folgendermaßen zusammengefasst wird:

„Deutschland muss von außen eingehegt, und innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi „verdünnt“ werden.“

Quelle: Die Welt, Februar 2005

Im Klartext: der Obergrüne traute seinem eigenen Volk so wenig an demokratischem Geist zu, dass er es per demographische, gleichsam homöopathische Verdünnung durch massive Immigration politisch kaltstellen wollte. Ein in der Geschichte Europas vermutlich einmaliger Vorgang, ebenso die Tatsache, dass eine solche Politik vom Wähler nicht abgestraft, sondern 1998 mit dem Sieg der rot-grünen Koalition unter dem Marxisten Schröder (*„Ja, ich bin Marxist!“*) vom deutschen Wähler sogar belohnt wurde. Auch Jürgen Trittin, erster grüner Umweltminister und wie Schröder und Fischer Alt-68er und Anhänger der *Frankfurter Schule*, verrät in einem Interview der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, (2. Januar 2005):

„Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und werde es auch als Minister nicht tun.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. Januar 2005, S. 6

Und die junge Politikelite linker Couleur scheint von ihren alten Kadern gelernt zu haben, dass eine antideutsche Polit-Haltung zu Höherem qualifiziert. Franziska Droschel, November 2007 Bundesvorsitzende der Jusos und ehemaliges Mitglied der vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften „Rote Hilfe e.V.“, gab im August 2008 vor laufenden Kameras folgendes politisch korrekte Statement ab:

“Deutsche Nation ist etwas, dass ich überhaupt gar nicht positiv beziehe, was ich politisch sogar

„bekämpfe!“

Quelle: Cicero online, August 2008

Dies alles sind typische Äußerungen von Werte-Relativisten, die längst an führenden politischen, juristischen und gesellschaftlichen Positionen sitzen und ihre deutschfeindliche Ideologie in die Tat umgesetzt haben. Mit fatalen Konsequenzen für Deutschland und Deutschland und Europa.

Zusammenprall der Kulturen

In einer historisch beispiellosen Öffnung seiner Grenzen war in Europa jedermann willkommen, unabhängig von seiner Bildung, seinen beruflichen Qualifikationen und davon, wie rückschrittlich die Kultur und das religiöse Wertesystem auch sein mochten, die er in seinem Gepäck mit sich führte. Die wirtschaftliche Blüte Europas auf der einen und die kulturelle und wirtschaftliche Rückschrittlichkeit auf der anderen Seite bildeten schließlich das zündende Gemisch, in dessen Zug Millionen von insbesondere islamischen Einwanderern nach Europa strömten. Viele davon kamen aus Ländern, die Europa gegenüber bezüglich Bildung, Stand der Technik und Wissenschaft sowie sozialer Strukturen um Jahrhunderte, ja oft um ein Jahrtausend zurücklagen.

Die nach Europa einwandernden Migranten fanden eine Lern- und Wissenskultur, von der sie, die des Lesens und Schreibens oft unkundig waren, hoffnungslos überfordert fühlten. Westliches analytisches Denken, religiöse Toleranz, ein weitverbreiteter Atheismus und Agnostizismus, europäischer Kritizismus und Skeptizismus: das alles war den meisten Einwanderern so fremd, als hätte man sie auf einen fremden Planeten katapultiert. Anstelle der ihnen so vertrauten Geborgenheit in ihren Großfamilien und Familienclans fanden sie in Europa überwiegend Klein- und Kleinstfamilien und Millionen unverheirateter Singles vor, Lebensformen, die in ihren Stammländern undenkbar gewesen wären. Von einer Gleichheit der Geschlechter, von Akzeptanz unterschiedlichster Partnergemeinschaften, auch solchen zwischen homosexuellen Partnern, hatten die meisten Einwanderer noch nie gehört – und ihr eigenes Wertesystem stand in aller Regel im krassen Widerspruch zu dem, was sie in Europa vorfanden. Besonders für Muslime war Europa ein Kulturschock: Menschen, die sich auf offener Strasse umarmten und küssten, halbnackt gekleidete Frauen, öffentliche Darstellung freizügigster sexueller Inhalte in Werbung, im Fernsehen, in den Medien.

Europas Ohnmacht gegen seine zunehmende Islamisierung

Im Zuge der seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis heute unvermindert anhaltenden Einwanderung - jährlich kommen etwa 1 Million zusätzliche muslimische Migranten nach Europa – setzten sich auch deren aus ihren Ursprungsländern mitgebrachten kulturelle Gepflogenheiten mehr und mehr durch.

Insbesondere die aus dem islamischen Kulturkreis einwandernden Migranten brachte uralte patriarchalische Sozial- und Denkmuster mit. Deren Frauen wurden viel öfter geschlagen als im Rest Europas. In den Frauenhäusern der europäischen Großstädte liegt der Anteil der dort Zuflucht suchenden muslimischen Frauen zwischen 40-80 Prozent – bei nur 3-10 Prozent Anteil von Muslimen in den Ländern Europas. Polygamie und Verschleierung von Frauen prägten

zunehmend das Straßenbild der Großstädte Europas. Tausende von Moscheen schossen wie Pilze aus dem Boden. Ganze Stadtteile verloren ihr ursprüngliches europäisches Gesicht. Überall bildeten sich Parallelgesellschaften, in denen eigene Gesetze herrschten. Allein in Frankreich gibt es Hunderte von sogenannten „No-go-Areas“, Stadtteile, in die sich kein „indigner“ Franzose mehr wagen würde und in vielen Fällen selbst die Feuerwehr nur noch unter Polizeischutz ihre Einsätze fährt. Kaum anders sind die Zustände in Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Jene Länder verzeichnen eine Vergewaltigungswelle, die sie in ihrer Geschichte noch nie erlebt hatten. Opfer sind meist einheimische Mädchen und junge Frauen. Die Täter meist muslimische Migranten. Die Medien halten sich zunehmend an ihre selbstverordnete Zensur und erwähnen solche Übergriffe mit „Migrationsintergrund“ - politisch korrekt - nur noch in so verklausulierter Form, dass der Leser keine Informationen mehr über die ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Täter erhält.

Europas Intellektuelle, die üblicherweise jeden Akt der Menschenrechtsverletzung seitens des Westens begierig und schonungslos an den Pranger stellen, zeigen sich angesichts der tagtäglichen Menschenrechtsverstöße durch islamische Migranten seltsam blind und erstaunlich verständnisvoll. Waren diese Verstöße gar seitens der Religion gedeckt oder unterstützt, wurde unter dem Scheinargument der „Religionsfreiheit“ geradezu Unfassbares politisch korrekt geduldet und „verstanden“. Mehr noch: es gibt klare Hinweise darauf, dass seitens Migranten begangene Kriminalitätsdelikte als Folge einer Selbstzensur der Medien nur an hinteren Stellen oder oftmals gar nicht mehr erwähnt werden. Vordergründiges Argument seitens der Redaktionen ist, dass man Migranten vor dem Volkszorn schützen wolle - ein Argument, das sich bei näheren Hinsehen als fragwürdig und verlogen zugleich erweist. Fragwürdig, weil es gegen das zentrale Prinzip der Aufklärungspflicht einer freien Presse verstößt. Verlogen, weil die Begründung auffällig selektiver Natur ist: so tabulos gegenüber den eigenen Gesellschaften berichtet wird, so verständnisvoll und weichspülend sind die Berichte über Länder und Religionen, die man glaubt schützen zu müssen. Wie viele Medien dereinst die linken Kultfiguren Stalin, Mao, Che Guevara und Fidel Castro glorifizierten und deren mörderisches Treiben verharmlosten, tun sie es heute beim Thema Islam.

Allein die Person Mohammed böte genügend Anlass für eine Vielzahl kritisch-analytischer Berichterstattungen. Sein Verhältnis zu Frauen, sein sexueller Kontakt mit Kindern, seine Mordbefehle gegenüber Kritikern und Abtrünnigen des Islam, seine Kriege gegen „Ungläubige“. Stoff genug für Jahrzehnte. Was ihre euphemisierende und skandalös realitätsferne Berichterstattung über den Islam, ihre Unfähigkeit, diese Religion als totalitär, messchenverachtend und welterobernd zu erkennen, anbelangt, versagen die Medien in ihrer Mehrzahl auf ein Neues. Der Werte-Relativismus, dem sich zahlreiche Journalisten, Politiker und Gutmenschen bewusst oder unbewusst verschrieben haben, scheint deren analytisches Denkvermögen in punkto Islam wie eine Droge paralyisiert zu haben. In einer Mischung aus Ignoranz, Feigheit und stiller Sympathie für eine Religion, die antiwestlich, antiamerikanisch und antiisraelisch eingestellt ist, arbeiten sie – gewollt oder nicht – als willkommene Helfershelfer des Islam an der Demontage ihrer eigenen Gesellschaften.

Die zunehmende Scharisierung Europas

Europa zeigt sich angesichts der Konfrontation mit Millionen Migranten, die sich entgegen der anfangs gesetzten Erwartungen nicht integrieren können und vielfach auch nicht integrieren wollen,

hilflos und paralysiert. Anstelle von seinen Zuwanderern die Anpassung an europäische Gesetze zu verlangen als „conditio sine qua non“, haben sich die westlichen Gesellschaften in einem frappant an die Appeasementpolitik Chamberlains gegenüber Hitler erinnernden Akt kollektiven und vorausseilenden Gehorsams sukzessive den Vorstellungen und Forderungen der muslimischen Migranten angepasst, ein Trend, der bis heute anhält und sich weiter verschärft hat.

Längst werden in allen europäischen Ländern Gerichtsurteile im Sinne der Scharia gefällt. Muslimische Mädchen müssen in vielen Fällen nicht mehr zum Sportunterricht und dürfen islamisch korrekt dem Biologie- und Sexualkundeunterricht fernbleiben. Muslimische Schüler bleiben – gerichtlich ebenfalls garantiert – den Schulausflügen fern. Man könne, so argumentieren die klagenden Eltern, ihren Kindern nicht das unkontrollierte Beisein mit einer Mehrzahl „Ungläubiger“ zumuten.

Belgische Polizisten wurden per Dienstordnung angewiesen, das Rauchen während des Fastenmonats Ramadan zu unterlassen, um fromme Muslime nicht zu brüskieren. In britischen Banken wurden die Sparschweine verbannt, weil deren Anblick fromme Muslime kränken könnte. Beim Cricket dürfen Engländer nicht länger ein traditionelles Lied anstimmen, in welchem die „grüne Insel und ihr grüner Rasen“ gelobt wird. Dies könnte als taktlose Profanisierung des Propheten ausgelegt werden. In vielen Bezirken Frankreichs haben Imame bereits mehr Autorität als die Polizei. Und Holland denkt ernsthaft darüber nach, Arabisch zu einer offiziellen Landessprache zu erklären.

Wo für Europäer das Verbot für Mehrehe (Polygamie) gilt, dürfen muslimische Männer gleich mit vier Frauen leben. Gerichtlich durchgesetzt. Wo das Schlagen von Kindern als Mittel der Erziehung für die meisten Europäer längst verboten ist, dürfen muslimische Väter ihre Töchter misshandeln und halbtot schlagen, wenn diese sich zu sehr integriert haben (Italien). Wo die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen oberstes Verfassungs- und Rechtsgebot ist, erlauben dieselben Richter, die gegen solche Verstöße seitens indigner Europäer vorgehen, dass sich viele Muslimas nur in Kopftüchern, Schadors und zunehmend häufiger in Burkhas - wie Tiere in Stoffkäfigen verhüllt – in der Öffentlichkeit bewegen dürfen. Viele Migranten kommen auch aus Ländern, in denen die barbarische Sexualverstümmelung junger Mädchen und Frauen Brauch ist – euphemisierend von vielen Journalisten immer noch als weibliche Beschneidung bezeichnet, als hätte diese Prozedur irgend etwas mit der männlichen Beschneidung zu tun.

In Holland etwa werden jährlich zahlreiche Töchter von Familien, die aus Somalia oder Äthiopien kommen, dieser furchtbaren Prozedur unterzogen. Auch wenn seitens der Muslime immer wieder darauf verwiesen wird, dass der Brauch der *Infibulation*, wie diese Verstümmelung medizinisch genannt wird, nicht islamischen Ursprungs sei, so verschweigen sie, dass so gut wie alle weltweit vorgenommenen Infibulationen in islamischen Ländern praktiziert werden. Man beruft sich dort oft auf eine Stelle der Hadith, derzufolge Mohammed einer Beschneiderin folgende Anweisung gab:

„Schneide ein wenig ab, aber übertreibe nicht. Das ist besser für die Frau und wird vom Mann bevorzugt.“

Quelle: Hadith ohne weitere Angabe zitiert bei www.wadinet.de/projekte/frauen/fgm/studie.htm.

Auch hier schreitet die europäische Justiz nicht ein. In Holland ist kein einziger Fall bekannt, in welchem Eltern, die an ihrer Tochter die Genitalverstümmelung veranlassten, wegen Körperverletzung verurteilt worden sind. Im Gegenteil: als sich im Lande Stimmen erhoben, die eine regelmäßige medizinische Kontrolle muslimischer

Mädchen forderten, konterten Werterelativisten mit dem Vorwurf einer „Lex Islam“: wenn überhaupt ein solches Gesetz, dann müsste es gemäß dem Gleichheitsprinzip für alle Mädchen in Holland gelten.

„Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir euch überwältigen, dank eurer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen.“

Imam von Izmir, 1999

Quelle: Hans-Peter Raddatz, Von Gott zu Allah, 1. Auflage, München (Mail) 2001, S. 349

Wie ist das alles möglich, muss man sich fragen. Wie kann es sein, dass es dem Islam gelingt, das Rechtssystem Europas derart auszuhöhlen? Wie kann es sein, dass er selbst Grundrechte umschiffen kann, zu deren Änderung es im Regelfall einer Zweidrittelmehrheit der europäischen Parlamente bedarf?

Die Antwort lautet: es ist nicht der Islam allein, der das alles geschafft hat. Die Hauptarbeit verrichteten seine Helfershelfer aus der Mitte der westlichen Gesellschaften, die Gutmenschen, die Werterelativisten, diejenigen, die allen gegenteiligen Fakten zum Trotz an ihrer Überzeugung festhalten, alle Kulturen und Religionen seien gleichwertig und könnten daher dieselben Rechte für sich beanspruchen.

Doch längst haben die Werterelativisten dabei das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Europäischen Mädchen werden Schamlippen und Klitoris eben nicht herausgeschnitten und auch wird ihre Vagina nicht bis auf eine winzige Öffnung zugenäht. Bei europäischen Frauen herrscht eben kein Kleidungszwang. Auch ist es bei europäischen Männern weder durch das Christentum noch durch Gesetz erlaubt, ihre Ehefrauen zu schlagen, wie dies dem muslimischen Manne per Sure 4 des Koran von Allah persönlich empfohlen wird. Ehrenmorde, das feige Töten „unstatthaft“ lebender Töchter durch ihre Familien, sind in Europa ebenso unbekannt wie Massenvergewaltigungen Andersgläubiger. Auch ist Christen, Juden und Buddhisten das Gebot der Vernichtung aller Nichtchristen, Nichtjuden oder Nichtbuddhisten fremd, wie es der Koran und die Hadith an insgesamt 2000 Stellen von seinen Gläubigen einfordert.

Und fremd ist es den übrigen Großreligionen ebenso, Gläubige zu ermorden, weil sie aus der Religion ausgetreten sind, sei es, um zu einer anderen Religion zu konvertieren, sei es, um ganz ohne Religion zu leben.

„Tötet jeden, der die Religion wechselt!“

befiehlt Mohammed explizit seinen Gläubigen. So wie er auch fordert, alle zu bekämpfen und zu töten, die „ungläubig“ sind und sich nicht zum Islam bekehren lassen. Hier seien nur drei der insgesamt über 200 Stellen des Koran (und 2000 Stellen der Hadith) zitiert, wie der Islam seine Gläubigen geradezu systematisch zur Tötung Andersgläubiger erzieht:

Sure 47, 4-5:

„Und wenn ihr die Ungläubigen trefft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bände!“

Sure 8, Vers 39:

„Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt..“

Sure 2, Vers 191:

„Und erschlagt sie (die Ungläubigen), wo immer ihr auf sie stößt, und vertreibt sie, von wannen sie euch vertrieben; denn Verführung [zum Unglauben] ist schlimmer als Totschlag. ...“

Allein diesem Verdikt fielen im Laufe der Geschichte der Ausbreitung des Islam, dem „ewigen Dschihad“, Millionen Menschen zum Opfer, „Ungläubige“ ebenso wie Kritiker aus dem Inneren des Islam. Der deutsche Orientalist und Herausgeber der „Internationalen Enzyklopädie des Islam“, Hans Peter Raddatz, befindet resümierend über den Islam:

„In keiner anderen Religion findet sich die geheiligte Legitimation von Gewalt als Wille Gottes gegenüber Andersgläubigen, wie sie der Islam als integralen Bestandteil seiner Ideologie im Koran kodifiziert und in der historischen Praxis bestätigt hat. Nicht zuletzt findet sich kein Religionsstifter, dessen Vorbildwirkung sich wie bei Mohammed nicht nur auf die Kriegsführung, sondern auch auf die Liquidierung von Gegnern durch Auftragsmord erstreckte.“

Quelle: Hans Peter Raddatz: Von Allah zum Terror?, Seite 71

Wer glaubt, Raddatz irre sich in seiner Einschätzung oder seine Aussage betreffe nur den historischen Islam, der möge die Worte des gegenwärtigen iranischen Ayatollah Ali Chamenei zum Thema Toleranz und Gewaltlosigkeit des Islam lesen. O-Ton Chamenei:

*„Wirf Deine Gebetsschnur fort und kaufe Dir ein Gewehr. Denn Gebetsschnüre halten Dich still, während Gewehre die Feinde des Islam verstummen lassen!
Wir kennen keine absoluten Werte außer der totalen Unterwerfung unter den Willen des allmächtigen Allahs.
Die Christen und Juden sagen: Du sollst nicht töten! Wir aber sagen, dass das Töten einem Gebet an Bedeutung gleichkommt, wenn es nötig ist. Täuschung, Hinterlist, Verschwörung, Betrug, Stehlen und Töten sind nichts als Mittel für die Sache Allahs!“*

Quelle: Zitat aus einer seiner Reden im Jahr 2004

170 Millionen meist muslimische Frauen sind weltweit von der Folter- und Verstümmelungspraxis der Infibulation betroffen. Jeden Tag werden 6000 Mädchen und junge Frauen an ihren Genitalien verstümmelt – mit stumpfen Messern, rostigen Scheren, ausgefransten Rasierklingen, und ohne jede Betäubung. Jedes dritte Kind stirbt Tag für Tag an diesen Verstümmelungen. Durch Blutverlust, durch Infektionen, durch Schock. So steht es im UN-Bericht zur Lage der Frau aus dem Jahr 2005.

Unfassbare 2000 muslimische Mädchen in den Gebieten des Islam müssen für diesen Brauch Tag um Tag unter unsäglichem Qualen mit ihrem Leben büßen. Doch seltsam: man hört kein Weinen, man vernimmt kein Klagen seitens der bestens organisierten muslimischen Weltgemeinde, kein Geschrei jammernder und sich an die Brust schlagender palästinensischer Weiber, keine aufgeregten Al-Dschazira-Berichte, keine Friedensdemos in Europa, auch keine

Demos in den islamischen Ländern selbst. Wie bei allen islamisch verübten Schandtaten, wie bei allen islamischen Terrorakten, wie bei allen innerislamischen Auseinandersetzungen und islamischen Bruderkriegen hält die Weltgemeinschaft der Muslime, die umma, trotz aller internen Feindseligkeiten, fest zusammen. Innerislamische Kritik ist ein Tabu seit den Zeiten Mohammeds. Umso mehr dürfen dafür die „Ungläubigen“ der Welt kritisiert, geschmäht, denunziert und – wenn es sein muss – auch getötet werden.

Kaum einer weiß, dass allein in Deutschland bereits 35 000 „beschnittene“ Migrantinnen leben. Und dass es täglich mehr werden. In der stillen Duldung dieser Prozedur in ihren europäischen Ländern haben sich jene Kulturrelativisten bereits in besonderer Weise schuldig gemacht. An ihren Händen klebt längst das Blut verstümmelter Frauen, das Blut Hunderter unschuldiger Opfer von „Ehrenmorden“ in Europa, das Blut ermordeter Apostaten und von zu Tode geprügelten Muslimas. Dennoch waschen die Kulturrelativisten ihre Hände weiterhin in Unschuld. Unterlassene Hilfeleistung jedoch macht den Unterlasser genauso schuldig wie den Täter, möge er sich auch noch so winden.

Der europäische Kulturrelativismus hat also wenig mit Folklore a la Claudia Roth (und Freunde) und schon gar nichts mit den Grundsätzen der Aufklärung von Einheit und Gleichheit zu tun, wenn er sich blind gegenüber den ethischen und rechtlichen Inhalten dessen zeigt, was er als schützenswert erachtet. Die Kulturrelativisten stellen sich einerseits selbst als Hüter der Menschenrechte dar (was nicht stimmt), während sie (im Fall des Islam) ihre Kritiker regelmäßig als Rassisten und Ausländerfeinde brandmarken. In blinder, sich nur nach formalen Gesichtspunkten von Gleichheit und Religionsfreiheit orientierender Toleranz, ohne auf konkrete Inhalte z.B. im Falle des Islam zu schauen, sind jedoch gerade jene Kulturrelativisten die Totengräber derjenigen Werte, die sie zu schützen vorgeben. *„Toleranz wird“* - um es mit Thomas Mann zu sagen – *„zum Verbrechen, wenn sie dem Bösen gilt“*. (Thomas Mann, in: Der Zauberberg)

Muslime, die ihre Frauen schlagen und sich dabei auf Sure 4 (Prügelsure) beziehen können, kommen vor europäischen Gerichten oft mit unverhältnismäßig glimpflichen Strafen davon. Muslimische Familien, die ihre Töchter ermorden, weil diese ihre „Ehre“ verletzt hätten, können ebenso auf kulturelles Verständnis manch eines westlichen Richters hoffen wie auch Hassprediger, die in ihren Moscheen und inmitten Europas zum Kampf gegen den „ungläubigen“ und „dekadenten“ Westen aufstacheln. Überall Verständnis gegenüber Fakten, die, kämen sie seitens indigener Europäer, schonungslos verfolgt würden.

Das aufgeklärte Europa hat angesichts des islamischen Eindringens längst eine ideologische und politische Kehrtwendung vollzogen: was den Islam anbelangt, scheinen unter dem Verweis auf „Religionsfreiheit“ alle Dämme zu brechen. Scharistisch begründetes Religionsrecht bricht zunehmend alle sonstigen verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte. Der Islam, dem jede Aufklärung im Sinne Kant oder Voltaire fehlt, hat Europa in seine tiefste Identitätskrise seit Jahrhunderten gestürzt. Europa scheint seine griechischen und christlichen Wurzeln verdrängt, ja teilweise vergessen zu haben. Blind und nahezu schutzlos hat der Alte Kontinent seine Tore dem Islam, seinem jahrhundertlang erbitterten Feind, geöffnet. Im aufgeklärten Europa ist derzeit nichts mehr nötig als eine erneute Welle der Aufklärung, aufgezwungen ausgerechnet von einem System, das die Aufklärung und die Menschenrechte als einen „Haufen Hokuspokus von Satansjüngern“ brandmarkt (Ajatollah Ali Chamenei).

Mit der Forderung von Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen wurde eine zweite, nahezu unüberwindliche Barriere gegenüber jedweder Kritik am Islam geschaffen. Toleranz hat ihre Wurzeln im Christentum und in der europäischen Aufklärung, und findet sich nirgendwo im unaufgeklärten und gegenüber allen Andersdenkenden und Andersgläubigen feindselig gestimmten Islam. Die Muslime fordern also bei der Konfrontation mit Kritik in Europa eine Haltung, die sie weder geschichtlich noch in der Gegenwart in den von ihnen beherrschten Gebieten je anwandten – allem Gerede von der angeblichen Toleranz des Cordoba-Islam zum Trotz. Dieser entpuppt sich nämlich bei genauerem Hinsehen als ebenso wenig tolerant wie friedlich. Die an Christen und Juden im islamischen Andalusien ausgeführten Massaker und Pogrome sind jedem bekannt, der sich näher mit dieser Teil Geschichte befasst hat. Doch Mythen sind bekanntermaßen hartnäckig. So ist auch der Mythos vom angeblich friedlichen und toleranten Cordoba-Islam aus den Köpfen westlicher Islamfreunde und Gutmenschen partout nicht herauszubekommen.

Die Postulate der absoluten und unbedingten Toleranz gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden sowie der steten Hinweise auf das Recht der „Religionsfreiheit“ haben eine zweite, in die jüngste Geschichte zurückgehende Ursache. Sie waren Europas Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Als Ursache dieser Katastrophe wurde Hitlers (bis ins Wahnwitzige übersteigerte) Intoleranz gegenüber Juden und anderen, nicht-arischen Rassen ausgemacht, was im Slogan „Nie wieder Krieg“ der europäischen, insbesondere deutschen Friedensbewegung mündete. Doch beide Slogans – „nie wieder Intoleranz“ und „nie wieder Krieg“ – erweisen sich bei genauer Analyse als grundfalsch und sind zwei zentrale Ursachen, was die Blindheit Europas bei seiner grenzenlosen Öffnung gegenüber solchen Migranten anbelangt, die eine totalitäre Ideologie wie den Islam mit sich bringen.

Denn anders als diese Postulate einen Glauben machen, war Hitlers und Mussolinis Aufstieg eben nicht *mangelnder* Toleranz zu verdanken, sondern derem Gegenteil: der Weimarer Toleranz gegenüber jeder Form von Ideologie, ob von links oder von rechts. Es war u.a. jene Werte-Indifferenz der Weimarer Republik, die letzten Endes dem Hitler'schen Faschismus den Weg ebnete. Wie damals, so erweist sich auch heute der Werte-Relativismus als zu schwach, die Feinde von Freiheit und Demokratie in Schach zu halten oder sie erfolgreich zu bekämpfen. Dabei war die Stoßrichtung und die politischen Absichten der Feinde der Weimarer Republik bekannt.

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu bedienen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihren eigenen Mitteln lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache...!“

äußerte sich 1928 Joseph Goebbels, der Hauptstrategie der Machtübernahme der Nationalsozialisten, klar und deutlich über das Verhältnis der seiner Partei zur Demokratie (1928 in „Der Angriff“). 70 Jahre später vernehmen wir aus dem Munde des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul, dem derzeitigen Ministerpräsidenten der Türkei, Tayyip Erdogan, sinngemäß die exakt gleiche Aussage, als er bei einer seiner öffentlichen Reden verkündete:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten!“

Quellen: auf einer Wahlveranstaltung am 6. Dezember 1997,
zitiert in "Die Welt", 22. September 2004, "Recep Tayyip
Erdogan: Der Islamist als Modernisierer",

Wie damals Goebbels Äußerungen gegenüber der Demokratie ignoriert wurden so werden auch heute die gleichen Äußerungen Erdogans seitens der europäischen „Eliten“ in, wie ich meine, geradezu skandalöser Weise ignoriert. Geschichte wiederholt sich anscheinend doch, und aus Geschichte wird offenbar nicht immer gelernt. Das Fazit aus dem Schrecken des Dritten Reiches kann also nicht die im Westen praktizierte nahezu bedingungslose Toleranz gegenüber allem und jedem sein, sondern kann nur lauten:

Nie wieder Toleranz gegenüber Intoleranz!

Denn nicht nur der Aufstieg Hitlers in der Weimarer Republik hat gezeigt, dass, wo immer radikale und blinde Toleranz auf Intoleranz trifft, die Intoleranz als letztendlicher Sieger zwingend hervorgehen wird. Diese These hat sich in der Geschichte als so wahr wie ein Naturgesetz erwiesen. Der Historiker Karl Dietrich Bracher beschreibt das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen zum Thema, warum es Hitler gelang an die Macht zu kommen, in folgenden Worten:

„Lähmung und Verfall eines freiheitlichen Staatswesens waren nicht zuletzt die Folge verwirrter Maßstäbe, geschwächter Abwehrbereitschaft und falscher Illusionen über Toleranz gegenüber Feinden der Demokratie.“

Karl Dietrich Bracher, in: Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1955

Diese Analyse passt nicht nur zur Weimarer Republik. Sie beschreibt in einem Satz das gegenwärtige Versagen Europas angesichts der Bedrohung durch einen theokratischen Totalitarismus, der sich als Religion tarnt und dabei ist, Europa zu übernehmen. Der politische Imperativ des „Nie-wieder-Krieg“ zeigt sich letztendlich machtlos, ja ohnmächtig angesichts der Herausforderung durch einen Gegner, der sich seit 1400 Jahren als kriegs- und gewaltbereit und zum Äußersten entschlossen gezeigt hat.

Null Toleranz gegenüber Intoleranz

Wer sich einem intoleranten Gegner tolerant zeigt, hat bereits verloren. So ist es der jungen Weimarer Republik mit Hitler ergangen, und so erging es allen christlichen und jüdischen Gemeinden und Regionen, die sich dem Eroberungswillen des Islam ausgesetzt sahen. Der Nahe Osten ist ein Beispiel dafür, wie ein Gebiet, in dem ursprünglich überwiegend Christen und Juden lebten, geplant, systematisch und mit religiös untermauerter aggressiver Energie binnen 50 Jahren nahezu vollständig islamisiert wurde. Im Jahr 1980 erließ die „Panislamische Konferenz“ in Lahore (Pakistan) einen Geheimbeschluss folgenden Inhalts:

„Das ganze Gebiet (Anm.: Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, dass alle Lebenden, die nicht Muslime sind – die Koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, in

Libanon, Syrien...und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen.“

Ein Beschluss mit weitreichenden Konsequenzen: So schwand die jüdische Bevölkerung in den arabischen Staaten in der Zeit von 1948-2001 um sage und schreibe 91 Prozent von ursprünglich 855000 Bewohnern jüdischen Glaubens auf die Restsumme von ganzen 7800. Eine ganz aktuelle und religiös determinierte Form von „ethnic cleansing“ - bislang von der westlichen Presse entweder nicht bemerkt oder politisch und islamisch „korrekt“ bewusst totgeschwiegen wird. Mit Ausnahme von Israel haben die im Nahen Osten ansässigen Juden und Christen bis heute der entschlossenen und aggressiven Expansions- und Islamisierungspolitik der arabischen Muslime nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Es zeigt sich auf ein Neues: Trifft Toleranz auf Intoleranz, siegt die Intoleranz.

Ein weiteres Beispiel für die Aggressivität und den Willen zur Welteroberung des Islam ist Indien. Als sich die arabischen Heere zu Beginn des 8. Jahrhunderts anschickten, Indien mit ihrer überlegenen Militärtechnik gewaltsam zu islamisieren, waren die ersten Opfer die Buddhisten. Keine andere Großreligion ist derart gewaltablehnend, pazifistisch und tolerant wie der Buddhismus. Und genau diese radikale Toleranz führte innerhalb kürzester Zeit zu seiner Auslöschung auf dem indischen Subkontinent, wo er über dreizehn Jahrhunderte neben den Hindus die alleinige Religionsgemeinschaft bildete. Als die Muslime die buddhistischen Dörfer überrannten und buddhistische Tempel niederbrannten, trafen sie zu ihrem Erstaunen auf keinen nennenswerten Widerstand. Zu Tausenden wurden die friedlichen Buddhisten abgeschlachtet. Ihr Leben konnten sie nur retten, wenn sie zum Islam konvertierten, was viele getan haben. Heute ist der Buddhismus aus Indien so gut wie verschwunden.

Anders als die Buddhisten wehrten sich die Hindus jedoch erbittert gegen die muslimischen Eindringlinge. Millionen Tote waren die Folge des islamischen Dschihad in Indien, an deren Ende sich die Muslime in Indien dank des hinduistischen Widerstands nur teilweise durchsetzen konnten. Doch wie in allen Staaten, wo der Islam eindrang und zu einer bedeutenden Minorität anwuchs (Serbien, Bosnien-Herzegowina, Zypern, (Süd-)Thailand, Kosovo, Libanon) führte die Teil-Islamisierung Indiens zu gewaltigen und andauernden Spannungen zwischen den Religionen. Dies führte am Ende zur Spaltung des Subkontinents in zwei rein islamische Staaten Pakistan und Bangladesch sowie in den religiösen Mischstaat Indien. (Im kleineren Maßstab kann man diese von Muslimen betriebene Separationspolitik ganz aktuell am Beispiel Kosovo und Serbien beobachten.)

Zwar beträgt der Anteil der indischen Muslime nur 13,4 Prozent an der indischen Gesamtbevölkerung, aber mit einer Gesamtzahl von 137 Millionen Muslimen stellt Indien nach Indonesien und Pakistan dennoch das drittgrößte Bevölkerungskontingent aller islamischen Staaten. Und die gewalttätige Konfrontation zwischen dem islamischen Pakistan und dem hinduistischen Indien dauert bis heute an. Pakistan, das über Nuklearwaffen verfügt, gilt vielen politischen Beobachtern als die mit Abstand brisanteste und gefährlichste Region der Welt. Nicht auszudenken, wenn die Taliban oder pakistanische Muslim-Fundamentalisten, die vor kurzem Teile Nordpakistans erfolgreich von Restpakistan abspalten konnten, diese Waffen in ihre Gewalt bekämen.

Wäre der Hinduismus ähnlich radikal tolerant wie das Judentum und Christentum (wiederum: ich unterscheide hier klar zwischen der Religion und der Kirche, die sich im Mittelalter von ihren religiösen Wurzeln entfernt hatte) – so wäre neben dem Buddhismus auch der Hinduismus aus Indien verschwunden.

Doch entgegen aller anderslautenden geschichtlichen Fakten pflegt der Islam nach außen weiterhin ein Image einer Religion, die sich ausschließlich friedlich verbreitet hat. Die von Islamgelehrten gerne verbreitete „Islam-bedeutet-Frieden“-Parole ist ein weiterer Mythos, der nicht nur von westlichen Gutmenschen und Kulturrelativisten, sondern auch von den meisten friedlichen wie ahnungslosen Muslimen geglaubt wird. Denn wie die anderen Mythen dieser „Friedensreligion“ spielt er eine wichtige Rolle im Gesamtgefüge innerislamischer Identitätsfindung sowie beim andauernden Prozess des Zusammenhaltens der weltweiten islamischen Glaubensgemeinde, der umma.

Die Islamisierung Europas

Doch zurück nach Europa. Der Islam schickt sich an, Europa mit dessen eigenen Gesetzen zu erobern. Wer darauf hinweist, wird mit dem Vorwurf der Islamophobie niedergemacht, ein Begriff, der interessanterweise in den thinktanks der Muslimbrüder entwickelt wurde und auch seitens der Kultur-Relativisten gerne und mit Erfolg verwendet wird. Dass mit dem Vorwurf der Islamophobie jedoch jede Kritik am Islam quasi zur Krankheit erklärt wird, ist nicht nur ungeheuerlich, sondern aufschlussreich zugleich. Denn totalitäre Systeme greifen bei ihren Kritikern gerne auf das Mittel der psychiatrischen Stigmatisierung zurück. Zu sowjetischen Zeiten sperrte man System- und Staatskritiker gern in Psychiatrien, wo sie unmenschlichen Torturen wie stundenlangem Sitzen in eiskaltem Wasser oder schmerzhaften Injektion unterzogen wurden. Und in zahlreichen islamischen Ländern sitzen Islamkritiker oft lebenslang in Psychiatrien, wenn sie nicht vorher schon umgebracht wurden.

Wo der Islamophobie-Vorwurf nicht zieht, wird zu härteren Mitteln gegriffen. Jeder Islamkritiker muss damit rechnen, als Rassist oder Ausländerfeind gebrandmarkt zu werden, ein Totschlagsargument, dem die wenigsten fundiert begegnen können und das sich als besonders erfolgreich erweist, weitere Kritik an der Religion des Friedens im Keim zu ersticken. So ergeht es derzeit u.a. dem deutschen Politologen und Journalisten Udo Ulfkotte, der im Gegensatz seiner meisten über den Islam berichtenden Kollegen den Islam aus nächster Nähe kennengelernt hat. Über 12 Jahre lebte er in verschiedenen islamischen Ländern des Nahen Ostens. Ulfkotte: *„Ich habe Hinrichtungen in Saudi-Arabien erlebt und im Jemen gesehen, wie abgehackte Hände an das Stadttor geheftet wurden. Ich habe Steinigungen gesehen von Frauen, die Einteilung von Menschen in verschiedene Klassen und das menschenverachtende Weltbild der Muslime erlebt.“* Seine gutmenschlichen und im linken Spektrum angesiedelten Gegner, die ihm inhaltlich wenig entgegenzusetzen haben, stellen ihn gleichwohl in die rechte und rassistische Ecke. Ein besonders in Deutschland bewährtes Mittel, den politischen Gegner auf Dauer kaltzustellen. O-Ton Ulfkotte:

„Wenn man als Journalist über die Bürgerkriege im Nahen Osten und die ethnischen Konflikte dort berichtet, gilt man in Deutschland als Experte. Wenn man über die ethnischen Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern in Deutschland berichtet, gilt man als Rechtsextremist.“

Udo Ulfkotte, Berliner Kolleg Anfang Juli 2007,

Serap Cileli, eine deutsch-türkische Schriftstellerin („Wir sind Eure Töchter, nicht Eure Ehre!“) bringt die apathische Stimmung und die

Denkblockade in Europa angesichts der Bedrohung durch den Islam auf den Punkt:

"Wer sich für die Rechte der moslemisch-türkischen Frauen einsetzt, die Stellung der Frau im Islam hinterfragt, sich gegen Zwangsheirat, Ehrenmorde, Verschleierung, Sprach -und Rechtlosigkeit der isolierten Frauen ausspricht, läuft in Gefahr, als ausländerfeindlich gebrandmarkt zu werden.

Ein falsch verstandener Toleranzbegriff und eine gewisse Mutlosigkeit, als "rassistisch" oder "ausländerfeindlich" stigmatisiert zu werden, hielt und hält viele Menschen hier in Deutschland davon ab, frauenverachtende und ungerechte Traditionen, die Menschenrechtsverletzungen darstellen, zu kritisieren und sich für deren Beendigung einzusetzen."

Stets auf Toleranz und Religionsfreiheit pochend – Werte, die ihm selbst fremd sind – hat sich der Islam in Europa mit einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Geschwindigkeit ausgebreitet. Lebten 1945 noch ganze 600 000 Muslime in Europa, so sind es heute bereits 20 Millionen - Tendenz steigend. Und jedes Jahr kommen eine weitere Million muslimische Migranten hinzu, oft direkt in die Sozialsysteme der betreffenden Länder einwandernd. In Brüssel, Mailand, Oslo, ist „Mohammed“ bereits heute der häufigste Vorname bei männlichen Neugeborenen, und England ist das erste Land Europas, in dem „Mohammed“ insgesamt der häufigste Vorname bei männlichen Neugeborenen geworden ist. In den Großstädten Hollands waren 2004 bereits 56 Prozent aller Kinder und Jugendlichen Ausländer, die meisten davon Muslime. Für die Schweiz sehen Statistiken für das Jahr 2040 einen Anteil von 76 Prozent Muslimen, wenn sich an der Politik der Alpenrepublik nichts ändern sollte. Nach einer österreichischen Studie wird im Jahre 2051 jeder dritte Schüler Österreichs ein Muslim sein. Und eine Studie des Islam-Archiv in Soest (2006) zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland prognostiziert für das Jahr 2045 einen Stand von 51,72 Millionen in Deutschland lebenden Muslimen. Ein Datum, mit dem bei führenden Muslimvertretern bereits fest gerechnet wird. So formuliert der Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland, Ibrahim El-Zayat, Ex-Generalsekretär des Dachverbandes „Islamisches Konzil“ und Ex-Bundesvorsitzender der „Muslimischen Studentenvereinigung Deutschland e.V.“ (MSV), dem enge Verbindungen zur Muslimbrüderschaft nachgesagt werden, folgende Vision für die Zukunft der Muslime in Deutschland:

„Heute gibt es ca. 2,5 Millionen Muslime in Deutschland. Durch die Gnade Allahs leben wir in einem der reichsten Länder dieser Erde...Die Zukunft des Islam in diesem, unserem Land, in Deutschland, gestalten wir; wir, die hier geboren und aufgewachsen sind, wir, die wir die deutsche Sprache sprechen und die Mentalität dieses Volkes kennen. ...

Ich glaube nicht, dass es unmöglich ist, dass der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, dass wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin habe... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen, um es der islamischen Ummah und der Menschheit insgesamt zur

Verfügung zu stellen.

Quelle: Ibrahim El-Zayat im islamischen Jugend-Magazin "TNT", 1/1996

Auch der Vorgänger Erdogans, der ehemalige türkische Premierminister Necmettin Erbakan, schlug ähnliche Töne an, als er verkündete:

"Unser Ziel ist es, auf dem europäischen Kontinent Wurzeln zu schlagen und dort in Ruhe und gemäß den Gesetzen zu leben, so dass eines Tages vielleicht ganz Europa muslimisch ist."

Der deutsch-türkische Vural Öger (Öger-Tours), der für die deutsche SPD im Europaparlament sitzt, erklärte bei einem Essen mit seinen türkischen Freunden der größten türkischen Zeitung "Hürriyet":

"Das, was Sultan Süleyman mit der Belagerung Wiens 1683 begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen".

Der 300 000 europäische Mitglieder zählende türkische Verband „Milli Görüs“, der in Deutschland neben der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ bedeutendste muslimische Verband, sieht es als eine seiner Hauptaufgaben, die Muslime von einer erfolgreichen Integration in Deutschland und Europa abzuhalten. O-Ton Milli Görüs:

"Milli Görüs ist ein Schild, das unsere Mitbürger vor der Assimilierung im barbarischen Europa schützt".

Quelle: zitiert im NRW-Verfassungsschutzbericht für 1996

Die organisationsnahe Zeitung "Milli Gazete" bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als *"Land der Niedertracht und des Unglaubens"* und die Europäer als

"Götzenanbeter, Imperialisten, Kapitalisten, Kommunisten und Wucherer."

Nicht anders ist es um den Respekt gegenüber Nicht-Muslimen in anderen islamischen Teilen der Welt bestellt. Was er für sich selbst einfordert, wird Dritten nicht gewährt. Das schiitische Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Khomeini, ließ keinen Zweifel, was von Nicht-Muslimen zu halten sein:

"Juden und Christen sind dem Schweißgestank von Kamelen und Dreckfressern gleichzusetzen und gehören zum Unreinsten der Welt...Alle nichtmuslimischen Regierungen sind Schöpfungen Satans, die vernichtet werden müssen."

Der Imam von London, Scheich Omar Bakri Muhammad, äußerte sich in einem Interview mit dem portugiesischen Magazin „Publica“ ganz ähnlich zum Thema des Respekts seiner Religion gegenüber Andersgläubigen:

"Wir machen keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Nicht-Zivilisten, zwischen Unschuldigen und Schuldigen – nur zwischen Moslems und Ungläubigen. Und das Leben eines Ungläubigen ist wertlos!"

Während die westlichen Demokratien ihren Feinden theoretisch unendlich viele Chancen gewähren, sich der Demokratie per Wahl zu entledigen, erhält sie von diesem Gegner nach gewonnener Wahl keine weitere Chance, sich demokratisch erneut zu etablieren. Das Beispiel Gaza zeigt, wohin es führt, wenn man Demokratie nicht von seinem Geist her, sondern formal nur als Urnengang begreift. Die Wahl als Ausdruck des Wählerwillens ist nicht der Zweck, sondern allein das Mittel einer Demokratie. Unverständlich also, wenn politische Kommentatoren bei Wahlen wie im Gazastreifen von demokratischen Wahlen sprechen, als handle es sich um Wahlen wie in England oder Frankreich. Wer einem erklärten Feind der Demokratie die Möglichkeit gibt, sich an demokratischen Wahlen zu beteiligen, nimmt deren Vernichtung leichtfertig in Kauf. Der zeigt sich als radikaler Toleranter, der das Prinzip der Toleranz nur zur Hälfte begriffen hat. Carlo Schmid, einer der Väter des deutschen Grundgesetzes war jemand, der am eigenen Leib erfahren hat, wohin der radikal tolerante Demokratiebegriff der Weimarer Republik geführt hat. Und er begriff, dass es auch in einer Demokratie Grenzen der Toleranz geben muss. Carlo Schmid vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates, 1949:

„Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft.“

Toleranz ja, aber nur gegenüber toleranten Kräften. Im Falle Hitlers, dessen Wahl 1933 die letzte demokratische Wahl der Weimarer Republik war, hat die Wiedereinführung eines demokratischen Deutschlands 55 Millionen Menschen das Leben gekostet. Noch größere Opfer an Menschenleben kostete die Ära des intoleranten Kommunismus, die bis heute noch nicht gänzlich überwunden ist (Nordkorea, China, Cuba).

Doch bezeichnenderweise wird eine solche Rechnung von Pazifisten, Gutmenschen und Werte-Relativisten üblicherweise nicht aufgestellt: die Rechnung nämlich, was es kostet, nicht für die Freiheit zu kämpfen, und wenn es sein muss, auch mit Mitteln der Gewalt. Anders als manche Pazifisten zu glauben scheinen, ist Europa vom Joch des Hitlerfaschismus nicht durch Friedensdemonstrationen in London, New York oder Washington befreit worden. Und auch die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager sind nicht durch Gespräche, Konferenzen oder Einsicht der Nazis in das Unrechte ihres Tuns abgeschafft worden. Und auch die Millionen Menschenleben kostende Expansionspolitik des kaiserlich-totalitären Japan der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts fand ihr Ende nicht in Gesprächen und Konferenzen, ebenso wenig wie Serbiens Krieg gegen die Teilstaaten Restjugoslawiens. In allen Fällen, so zeigt die Geschichte, war Krieg das einzige Mittel, den Krieg des Bösen zu stoppen.

"Das größte Risiko auf Erden laufen die Menschen, die nie das kleinste Risiko eingehen wollen." (Bertrand Russell)

Doch gegen den Islam als internalisierter religiöser Totalitarismus bieten militärische Strategien keine Lösung. Den Islam als weltweite Bedrohung der Freiheit kann man – wenn überhaupt - nur überwinden, indem man die Köpfe und letztendlich die Herzen der Muslime für unser humanistisch-westliches Wertesystem gewinnt. Indem der Westen den Muslimen gegenüber tritt im Bewusstsein, das bessere, weil humanere System zu vertreten, und indem Muslimen

ein Ausweg aus den sinnlosen und selbstzerstörerischen Gehorsamszwängen des Islam samt seiner zutiefst inhumanen Scharia-Rechtsprechung gewiesen wird.

Natürlich müsste hierfür der Westen zuerst wieder ein Gefühl seiner eigenen Wertigkeit entwickeln, anstelle sich weiterhin wie bisher bis an die Grenze der Selbstzerfleischung zu kritisieren. Gerade an einem gesunden Selbstbewusstsein jedoch mangelt es dem Westen massiv. Ein solches böte die unabdingbare Basis dafür, Muslime nicht nur im Westen für unsere humanistische Gesellschaft auf Dauer gewinnen zu können. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit würden fundamentale Muslime auf ein derlei selbstbewusstes Werben des Westens für seine Werte mit massiven Gewaltakten antworten. Wer jedoch aus Angst davor auf diesen Weg verzichtet und sich dem Islam gegenüber weiterhin in vorseilendem Gehorsam unterordnet, hat bereits verloren. Freiheit hat es eben noch nie zum Nulltarif gegeben, wie manche Pazifisten und Gutmenschen zu glauben scheinen. Allen Zauderern, Appeasern und Ewig-Ängstlichen sei hier das Wort des britischen Philosophen und Mathematiker Bertrand Russels auf den Weg gegeben, der das Gesetz, das sich hinter jeder Risikoscheu verbirgt, mathematisch knapp und präzise folgendermaßen formulierte:

"Das größte Risiko auf Erden laufen die Menschen, die nie das kleinste Risiko eingehen wollen."

Der oben beschriebene Weg ist vermutlich der einzige, der mittel- und langfristig zum Ziel der Überwindung jenes theokratischen Totalitarismus führen kann, der sich seit 1400 Jahren als Religion tarnt. Wenn Muslime erkennen, dass der Islam nicht nur ein gewaltiges Subordinationssystem gegenüber allen "Ungläubigen" darstellt, sondern dass die primären Opfer vor allem sie selbst sind: all jene muslimischen Männer und Frauen, die gezwungen werden, im Namen einer inhumanen Religion anderen Unrecht zuzufügen, während sie gleichzeitig im Namen derselben Religion großes Unrecht zu erleiden haben. Wenn sie erkennen, dass ihr Bekenntnis zum Islam letztendlich nicht ihnen zugute kommt, sondern allein der Befriedigung von Machtgier und Profitstreben ihrer islamischen Kleriker und Politiker dient, die zu diesem Zweck das ideelle Instrumentarium des Islam entworfen und perfekt zu bedienen gelernt haben.

In der Konferenz zu Kairo (1990) etablierten die islamischen Länder ihre eigene „Menschenrechtserklärung“, was von westlichen Medien mit großer Aufmerksamkeit dokumentiert wurde. Dass jene Menschenrechtserklärung jedoch außer dem Namen absolut nichts mit der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN gemeinsam hat, stand in den wenigsten Berichten und Kommentaren. Die Inhalte der Kairoer Erklärung decken sich mit den uralten Rechtsvorstellungen der islamischen Scharia: keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, kein Recht auf freie Wahl der Religion oder des Ehepartners, Nichtmuslime sind rechtlich stark benachteiligt, Bekräftigung der scharistischen Körperstrafen wie Auspeitschen, Abhacken von Gliedmaßen, Enthauptung und Steinigung, Bekräftigung des Weltherrschaftsanspruchs des Islam.

Die Kairoer Konferenz war somit nichts Geringeres als ein islamischer Gegenentwurf zur westlichen Menschenrechtserklärung. Dieselben Muslime, die in Europa, Kanada und USA - auf Werte-Relativismus pochend – die Einführung der Scharia für die im Westenlebenden Muslime fordern, bestehen umgekehrt in ihren islamischen Stammländern auf dem totalen und unwiderrufbaren Werte-Universalismus des Islam, der außer seinen keine anderen Werte duldet. Damit ist klar, dass der seitens muslimischer Vertreter

verfochtene Werte-Relativismus nicht Ziel sondern lediglich Mittel ist, den Islam eines Tages auch in den Ländern des „Unglaubens“ an die Macht zu bringen, wie Allah es seinen Gläubigen befiehlt. In der Sure 61, Vers 9 heißt es explizit dazu.

„Er ist es, der Seinen Gesandten mit der Führung und der wahren Religion geschickt hat, auf dass Er sie über alle Religionen siegen lasse, auch wenn die Götzendiener es verwünschen.“

Der Werte-Relativismus ist von seiner Struktur inhuman, verstößt gegen das Gleichheitsprinzip und fördert insbesondere totalitäre Strukturen, denen er mit dem Hinweis auf „kulturelle Differenz“ eine optimale Basis zur Verbreitung ihrer totalitären Strukturen verhilft.

Der Werte-Relativismus ist feige und bequem, da er sich anstelle einer ganz bewussten Entscheidung für bestimmte Werte auf eine scheinbar tolerante, jedoch bequeme Wertebeliebigkeit setzt und damit den Sieg unmenschlicher Werte bewusst oder unbewusst in Kauf nimmt. Sieger einer Wertebeliebigkeit werden letzten Endes stets die Verfechter eines Wertedominanz sein, und die stammen meist aus dem Lager totalitärer, links- sowie rechtsfaschistischer und totalitär-religiöser Systeme. Eine Minorität überzeugter und zu allem entschlossener Verfechter totalitärer Ideologien, so zeigt die Geschichte, genügt meist, um ein System, das sich auf reine Toleranz stützt, binnen kurzem zu zerstören. Die Folge einer sich auf Werte-Relativismus berufenden Gesellschaft wird daher ihre eigene Vernichtung sein.

Daher ist ein System, das sich und seine Werte nicht zu schützen vermag, im übertragenen wie materiellen Sinn nichts „wert“ – und in seiner Gleichschaltung aller Werte hauptverantwortlich für die sichtbare und allgegenwärtige Auflösung des postmodernen und aufgeklärten Europas mit seinem klassischen Menschenrechtsbegriff. Demokratie ist eben nicht bloße Folge von Wahlen, sondern Ausdruck einer das ganze Gesellschafts- und Staatswesen durchziehenden demokratischen Geisteshaltung. Daher war auch die Wahl in Gaza, die zur Herrschaft der Hamas führte, kein Akt der Demokratie, sondern im Gegenteil ein intentiöser Akt zur Abschaffung der Demokratie durch einen demokratie- und freiheitsfeindlichen Totalitarismus im Deckmantel einer Religion.

Wie in Gaza wird auch Europa dereinst – sollte es weiterhin auf dem Werte-Relativismus beharren und nicht anfangen, wie früher aktiv für die Universalität und Unteilbarkeit seiner Werte zu kämpfen – per Wahl spätestens dann islamisch sein, wenn die Muslime die Mehrheit der Wähler stellen. Genau dies ist das Ziel aller muslimischen Organisationen, die dies – mehr oder weniger offen – immer wieder betonen.

Fazit

Die Menschen Europas, die auch in Zukunft frei, unabhängig und demokratisch organisiert leben möchten, müssen beginnen, dem Werte-Relativismus und damit der Wertebeliebigkeit den universalen Wertanspruch der Menschenrechte und der Gedanken der Aufklärung entgegenzusetzen. Sie dürfen diese Aufgabe nicht weiterhin wie bisher an ihre Eliten delegieren. Diese haben zum Großteil angesichts der akuten Bedrohung durch den theokratischen Totalitarismus Islam genauso versagt wie im letzten Jahrhundert bei der Bedrohung durch die weltliche Totalitarismen Kommunismus und Nationalsozialismus.

Anstelle nach jedem Terrorakt Privilegien zu streichen, taten die Politiker das genaue Gegenteil: sie belohnten den Islam mit weiteren Zugeständnissen bezüglich seiner politischen und rechtlichen Forderungen. So erzieht man Terroristen zu weiterem Terror.

Jeder einzelne freiheitsliebende Bürger Europas ist angesichts der Bedrohung durch den Islam gefragt. Jeder einzelne Bürger kann etwas tun: sei es durch entsprechendes Abstimmungsverhalten bei der nächsten Wahl, sei es durch private oder öffentliche Aufklärungsaktivitäten, sei es durch Leserbriefe, durch abbestellen von islamophilen Medien oder durch Organisation oder Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen. Jeder Bürger Europa hat darüber hinaus die Möglichkeit, gegen Richter, Staatsanwälte und Politiker Anzeige zu erheben, wenn er der Ansicht ist, dass diese europäisches Recht verletzt oder gar gebeugt haben.

Das ist das friedliche Szenario. Es gibt ein weiteres Szenario, das von zunehmend mehr Analysten und Kennern der Szene in den Bereich des absolut Möglichen gerückt wird: das Szenario nämlich, dass es vor der Machtübernahme Europas durch den Islam zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen kann, die tausende, ja hunderttausende Menschen das Leben kosten werden.

Einer geheimen CIA-Studie aus dem Jahr 2006 zufolge wird in zahlreichen europäischen Ballungsgebieten mit Bürgerkrieg zu rechnen sein. In der Studie finden sich detaillierte Angaben, an welchen Orten als erstes mit Bürgerkriegen zu rechnen sein wird. CIA-Chef Hayden wird diesbezüglich von der renommierten Zeitung "Washington Post" mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben. Zugleich würden die Geburtenzahlen der alt eingesessenen europäischen Bevölkerung weiter sinken. Die Integration dieser moslemischen Migranten werde die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen - und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen (Quelle: Washington Post Mai 2008).

Auch der amerikanische Historiker und Islamwissenschaftler Daniel Pipes kommt zum Schluss, dass der Islam nicht mit Demokratie, Freiheit und den liberalen Werten westlicher Gesellschaften vereinbar ist und sieht Europa daher mittelfristig zum Bürgerkrieg verurteilt. Seine pessimistische Einstellung begründet er damit, dass die Europäer „vom Islam fasziniert“ seien, während sie, geprägt durch Schuldkomplexe angesichts ihres Versagens gegenüber den Totalitarismen Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus Italiens, ihre eigene Geschichte und Kultur nicht mehr schätzten und sich von ihren Wurzeln entfremdet hätten

Selbst die österreichische Kriminalpolizei vor einem Bürgerkrieg in Europa. Alfred Ellinger, Vorsitzender des Bundes Österreichischer Kriminalbeamter und Kenner des Islam, schreibt dazu:

*„Geben wir uns keinen Illusionen hin. Europa wird das Schlachtfeld für einen großen Kampf zwischen der Ordnung des Islam und ihren Feinden.“ (...)
Dem neuen Land, so meinen sie (Anm.: Die Muslime), schuldet man keine Loyalität, die Sozialleistungen, das Asylrecht, Internet und Funktelefone allerdings werden durchaus geschätzt. Integration oder gar Assimilation sind Worte, die ihnen unbekannt sind. Die Vorstellung der Europäer, dass der Pluralismus und die Vielfalt der offenen europäischen Welt zu einem anderen Verständnis des Islam führen müsste, hat sich nicht verwirklicht. (...)
„Ein Muslim hat keine Nationalität, außer seinem*

Glauben" (Sayyid Qutb, ein Vordenker des radikalen Islamismus, der 1966 in Ägypten hingerichtet wurde)."

Quelle: Alfred Ellinger: Zwischen Dialog und Jihad

Für gläubige Muslime ist ihr Weg jedenfalls längst vorgezeichnet.
Allah selbst hat ihnen die Richtung gewiesen:

„Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt..“

Sure 8, Vers 39

Islamische Einwanderung ist jenseits jeder multikulturellen Folklore.
Entweder wacht Europa auf - oder es wird nicht mehr sein.

Deutschland, im März 2009

Kontakt: M.Mannheimer@gmx.net